

Ansprache Antikriegstag, Kirchheim 1.9.2021 / Karl-Heinz Wiest

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn wir am Antikriegstag an die Schrecken des Krieges erinnern, - auf den Plakaten sind die Zerstörungen am Ende des 2. Weltkrieges abgebildet - so können wir heute gar nicht anders, als unsere unfriedliche Gegenwart in den Blick zu nehmen. Wir verfolgen die Nachrichten aus Afghanistan und sind bestürzt über das, was wir sehen, hören und lesen. Wir hoffen mit den Menschen, die vor der Gewalt fliehen möchten und sehen gleichzeitig, dass das, was sich da abspielt, eine Katastrophe mit Ansage ist.

Es ist keine billige Rechthaberei, wenn wir daran erinnern, dass viele von uns in der Friedensbewegung schon immer den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan kritisch gesehen haben. Auch wir sind froh, dass eine Luftbrücke bestand, um bedrohte Menschen aus dem Land zu bringen. - Und doch wissen wir noch zu gut, mit welcher Ablehnung und mit welcher Häme zum Beispiel vor über 10 Jahren die damalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischöfin Käßmann, und der katholische Bischof von Fulda und damalige Präsident von Pax Christi, Algermessen, von politisch Verantwortlichen bedacht wurden, als sie den Satz prägten: Nichts ist gut in Afghanistan! Vor über 10 Jahren!

Viele der Probleme lagen auf der Hand: Die fragwürdige Zusammenarbeit mit Warlords, einer korrupten Regierung und einem korrupten Sicherheitsapparat, die Militärschläge mit zahlreichen zivilen Opfern, das schwindende Ansehen der ausländischen Truppen bei der Zivilbevölkerung, und vor allem die fehlende Strategie, wie dieser Einsatz einmal beendet werden könnte. Man hatte den Eindruck, dass die Probleme nach dem Motto behandelt wurden, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Das hat zu dem Debakel beigetragen, das wir heute sehen!

Wird es Konsequenzen geben, auch für andere Auslandseinsätze der Bundeswehr, zum Beispiel für den in Mali? Wird in Zukunft mit kritischen Anfragen ernsthafter umgegangen?

Wird es Konsequenzen geben in einem anderen Bereich, der Jahr um Jahr einen fortwährenden Skandal darstellt? Deutschland exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Krisengebiete und in Staaten, deren Regierungen Völkerrecht und Menschenrechte missachten – die Grundsätze der Bundesregierung, die das eigentlich ausschließen, sind manchmal das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Unter den Empfängerstaaten finden wir beispielsweise Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, die kräftig in den Bürgerkriegen in Libyen und im Jemen mitmischen oder Katar, das bekanntermaßen gute Beziehungen zu den Taliban pflegt – da schließt sich dann der Kreis wieder.

Wenn Deutschland einen Beitrag leisten will, Spannungen und Konflikte in der Welt abzubauen, dann kann es morgen damit beginnen und den Export von Rüstungsgütern in solche Staaten stoppen. Wir brauchen ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das klare gesetzliche Regelungen schafft. Deutsche Rüstungsexporte an Regime, die Menschenrechte mit Füßen treten und Gewaltkonflikte in ihrer Region befeuern, müssen endlich aufhören!

Das, liebe Freundinnen und Freunde, wird eine wichtige Aufgabe für den nächsten Deutschen Bundestag – und wir werden nicht lockerlassen, daran zu erinnern! Vielen Dank!